



NEWSLETTER 02/2022

FORUM | MIGRATION



© sudok1 - 123rf.com

Migrant_innen starben häufiger

Die Covid-Pandemie hat in Deutschland und in der Schweiz sozial benachteiligte und Menschen mit Migrationsgeschichte schwerer betroffen. In diesen Gruppen stieg die Sterblichkeit im Vergleich zur Gesamtbevölkerung signifikant stärker an. Das ergab eine Untersuchung der Universitäten Freiburg, Frankfurt und Berlin für den Mediendienst Integration. Ursache seien vergleichsweise schlechtere Wohn- und Arbeitsverhältnisse, eingeschränkter Zugang zu gesunder Ernährung, Bewegung und Erholung.

Die Forscher_innen werteten dazu offizielle Daten zur Sterblichkeit von Personen mit ausländischer Staatsangehörigkeit für Deutschland und die Schweiz in der ersten, zweiten und dritten COVID-19-Welle aus. Demnach gab es in der Gruppe der ausländischen Staatsangehörigen anteilig mehr Todesfälle als bei den deutschen oder schweizer Staatsangehörigen. Unter den 45- bis 64-jährigen Ausländer_innen stieg die Zahl der Todesfälle von 2019 auf 2020 in Deutschland um 9 Prozent an. Unter Menschen mit deutschem Pass waren es nur 1,1 Prozent. Bei den 75- bis 84-Jährigen lag der Anstieg unter Ausländer_innen bei 12,6 Prozent – gegenüber 2,1 Prozent bei Deutschen.

Im Jahr 2021 seien allein zwischen Januar und August über 4.500 ausländische Staatsangehörige mehr gestorben als im gleichen Zeitraum 2019, dem Jahr vor der Pandemie, so die Autor_innen. Das sei umso überraschender, als dass ausländische Staatsangehörige im Durchschnitt jünger seien als Einheimische. COVID-19 führe bekanntermaßen vor allem zu höheren Todesraten bei älteren Personen. Wenn viele ältere Menschen sterben, sei also zu erwarten gewesen, dass der Anteil ausländischer Staatsangehöriger an allen Todesfällen sinkt, so die Forscher_innen. Doch das Gegenteil sei der Fall. Die Autor_innen erklären ihren Befund auch mit rassistischer Diskriminierung, die sich verstärkend auf Krankheitsrisiken auswirke. Migrant_innen würden zudem häufiger im Handel und im produzierenden oder verarbeitenden Gewerbe arbeiten oder personenbezogene Dienstleistungen erbringen. Auch seien sie häufiger in personalintensiven Bereichen wie Schlachtbetrieben und Großküchen beschäftigt und dadurch einem höheren Infektionsrisiko ausgesetzt. Die Politik habe die schon früh erhöhten Infektions- und Sterbezahlen von Eingewanderten nicht beachtet.

 Studie: „Rassismus in der Pandemie“: <https://bit.ly/3tAuUEC>

INHALT 02/2022

Migrant_innen starben häufiger	1
Arbeitsvisa made in Brandenburg	2
Sozialstaat profitierte von EU-Osterweiterung	2
Zahl der Schutzsuchenden bleibt stabil	2
News + Termine	3
Die vergessene Migration – Kommentar von Holger Kolb, Sachverständigenrat für Integration und Migration (SVR)	4



Arbeitsvisa made in Brandenburg

Im Koalitionsvertrag hatten SPD, Grüne und FDP angekündigt, die Arbeitskräfteeinwanderung forcieren zu wollen. Eine der Hürden: Teils extrem lange Wartezeiten auf ein Visum. Das neue „Bundesamt für Auswärtiges“ soll nun Abhilfe schaffen.

Es kommen zu wenige Fachkräfte nach Deutschland, die Ampel hat sich eine Menge vorgenommen, um dies zu ändern. Unter anderem will sie die Westbalkanregelung entfristen. Eine so genannte „Chancenkarte“ auf Basis eines Punktesystems soll neben dem existierenden Einwanderungsrecht Arbeitskräften den „gesteuerten“ Zugang zur Jobsuche ermöglichen. Die „Blue Card“ genannten Einwanderungsregeln der EU will die Ampel national auf nicht-akademische Berufe ausweiten sofern

ein „konkretes Jobangebot zu marktüblichen Konditionen“ vorliegt. Der administrative Flaschenhals für all diese Pläne sind die Konsulate: Schon vor der Pandemie mussten Interessent_innen teils extrem lang auf Termine und die Bearbeitung warten. 2020 etwa lagen in den westlichen Balkan-Staaten fast 200.000 Registrierungen – Terminanträge – für ein Arbeitsvisum vor. An den meisten Standorten mussten Interessent_innen mehr als ein Jahr auf einen Visumstermin warten. In Pristina, der Hauptstadt des Kosovo, waren etwa im März 2020 noch Termine an Menschen vergeben worden, die sich bereits im November 2017 registriert hatten. Und die Corona-Pandemie hat die Bearbeitung eher verlangsamt.

Der alte und neue Bundesarbeitsminister Hubertus Heil (SPD) will dies nun angehen. „Im Moment haben viele

Fachkräfte, die einwandern wollen, Probleme, ein Visum zu bekommen, weil die konsularischen Abteilungen unserer Botschaften überlaufen sind“, sagte Heil der DPA. „Da braucht es dringend Abhilfe.“ Er setzte darauf, dass Außenministerin Annalena Baerbock (Grüne) mit dem neuen Bundesamt für Auswärtige Angelegenheiten in Brandenburg an der Havel ein „Backoffice für die Botschaften“ eröffne, um diese zu entlasten und Visa-Prozesse zu beschleunigen.

Das „Bundesamt für Auswärtiges“ in Brandenburg war noch von der Großen Koalition eingerichtet worden und hat im Januar 2021 seine Arbeit aufgenommen. Bis 2025 soll die Zahl der dort Beschäftigten auf etwa 1.000 steigen. Eine zentrale Aufgabe ist die Bearbeitung von Visaanträgen.

Sozialstaat profitierte von EU-Osterweiterung

2007 traten Rumänien und Bulgarien der EU bei. Doch erst sieben Jahre später, 2014, bekamen ihre Bürger_innen in der EU die volle Arbeitnehmer-Freizügigkeit. Wegen des enormen Lohngefälles – und weil es damals in Deutschland zunächst noch keinen Mindestlohn gab – fürchteten viele Masseneinwanderung und Lohndumping. Ein Bericht des Mediendienstes Integration zeigt nun: Die Befürchtungen bestätigen sich nicht. Der Gewinn für den Sozialstaat sei „deutlich größer als die Probleme“.

Aus beiden Ländern kamen viele Menschen nach Deutschland: Ende 2020 lebten rund 800.000 Rumän_innen und rund 390.000 Bulgar_innen hier. 2007 waren es aus beiden Ländern zusammen nur rund 130.000. Rumänien wird bald auf Platz 2 der häufigsten Herkunftsländer stehen. Sehr viele von

ihnen fanden Jobs: Im September 2021 arbeiteten rund 460.000 Menschen aus Rumänien sozialversicherungspflichtig in Deutschland, aus Bulgarien waren es rund 170.000 – häufig in der Gastronomie, Landwirtschaft und auf dem Bau. Unter anderem arbeiten heute rund 5.000 rumänische Ärzt_innen in Deutschland, mehr als aus jedem anderen EU-Land. Aus prekären Arbeitsverhältnissen wurden im Laufe der Zeit vielfach reguläre Jobs. Die Beschäftigungsquote von Menschen aus den beiden Staaten stieg bis September 2021 auf 67 Prozent (2014: 35 Prozent) – und ist somit fast genauso hoch wie jene der deutschen Bevölkerung (69 Prozent) und höher als in den meisten anderen ausländischen Beschäftigten-Gruppen. Im September 2021 hatten 68.000 in Deutschland gemeldete Arbeitslose einen rumänischen oder bulgarischen Pass. Demgegenüber stehen 630.000 sozialversicherungspflichtig

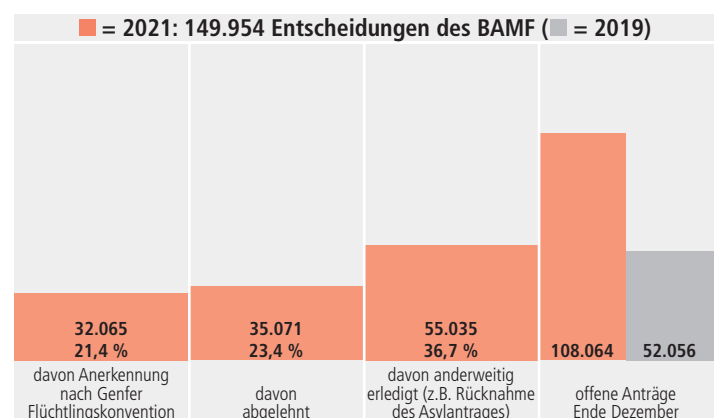
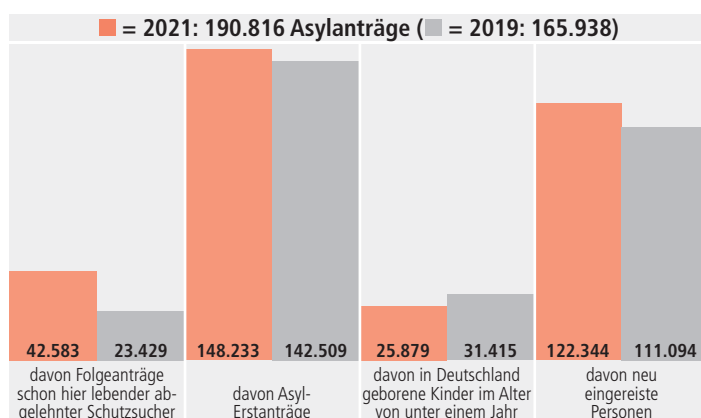
Beschäftigte aus diesen Ländern. Die Arbeitslosenquote von 9,3 Prozent lag damit nur leicht über der Quote der Gesamtbevölkerung und niedriger als bei anderen ausländischen Beschäftigtengruppen. Und obwohl fast eine Million Menschen zuwanderten, blieb die Arbeitslosenquote aus den beiden Ländern in Deutschland nahezu gleich.

„Ein vergleichbar starker Anstieg der Beschäftigungsquoten wurde meines Wissens bislang in Deutschland in keiner anderen Bevölkerungsgruppe beobachtet, zumindest nicht in einem derart kurzen Zeitraum“, sagt Herbert Brücker vom Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung. „Aus ökonomischer Perspektive war die Einführung der Arbeitnehmerfreizügigkeit für die Bulgaren und Rumänen ein großer Erfolg.“

Auswertung Mediendienst: <https://bit.ly/3Km0NH8>

Zahl der Schutzsuchenden bleibt stabil

Im Januar meldeten viele Medien fast 191.000 „neue Asylanträge“ im vergangenen Jahr. Betrachtet man jedoch nur die tatsächlich neu eingereisten Menschen, ist die Zahl um fast 70.000 niedriger.





News + Termine

IG BAU warnt vor „Placebo-Kontrollen“ beim Mindestlohn

Bald soll der Mindestlohn in Deutschland auf 12 Euro steigen. Die Industriegewerkschaft Bauen-Agrar-Umwelt (IG BAU) fürchtet Verstöße – und fordert deshalb eine Aufstockung des Personals der Finanzkontrolle Schwarzarbeit. Nach jüngsten Zahlen des Bundesfinanzministeriums halten zahlreiche Unternehmen Mindestlöhne nicht ein. So leitete die Finanzkontrolle Schwarzarbeit bis Ende November 2021 bundesweit insgesamt 3.083 Ermittlungsverfahren ein. Der Bundesvorsitzende der IG BAU, Robert Feiger, spricht von einem „zu kleinen Kontroll-Risiko für Arbeitgeber“. Die Gefahr, bei Mindestlohnverstößen erappt zu werden, sei für Arbeitgeber nur gering. Vom erhöhten Mindestlohn würden 7,2 Mio. Menschen profitieren. „Das bedeutet dann aber auch, dass es 7,2 Mio. Lohntüten zusätzlich gibt, auf die der Staat ein Auge werfen muss.“ Bleibe es bei der bisherigen Kontrollaktivität, könne man „bestenfalls nur noch von ‚Placebo-Kontrollen‘“ sprechen, die für manche Arbeitgeber „geradezu eine Einladung“ sein könnten, Mindestlohn-Trickserei „systematisch zu betreiben“, so Feiger. Er forderte die Einrichtung von speziellen schlagkräftigen Arbeitsinspektionen. Hier sollte die Verfolgung aller Verstöße gegen Mindestarbeitsbedingungen gebündelt werden: vom Lohn über den Arbeitsschutz bis zur Arbeitszeit. In der Bauwirtschaft lag der Anteil von Ausländer_innen an den Beschäftigten 2020 mit 28,8 Prozent mehr als doppelt so hoch wie im Schnitt aller Branchen (13 Prozent). Entsandte Beschäftigte sind dabei noch nicht eingerechnet.

Neue Broschüre zu Amazon als

„Prekarisierungstreiber in der Paketlogistik“

Amazon wird in Deutschland vor allem als Onlinehändler wahrgenommen, entsprechend konzentrieren sich auch die gewerkschaftlichen Aktivitäten bislang auf die großen Versandzentren. Inzwischen aber baut Amazon seine eigene Lieferlogistik auf der „letzten Meile“ auf. Eine neue Broschüre der Rosa-Luxemburg-Stiftung in Zusammenarbeit mit dem DGB Bildungswerk Thüringen e.V. zeigt, wie Amazon dabei nicht nur traditionelle Paketdienste wie DHL und Hermes vom Markt verdrängt, sondern zum „Treiber der Prekarisierung“ in der ohnehin schon unter einem enormen Konkurrenzdruck stehenden Branche wird. Amazon Logistics ist der einzige große Paketdienst, der seine Lieferlogistik komplett an Subunternehmer ausgelagert hat. Zusätzlich experimentiert das Unternehmen mit einem plattformbasierten Beschäftigungsmodell: Mit seiner App Amazon Flex hat der Konzern das durch Unternehmen wie Uber oder Lieferando bekannt gemachte Beschäftigungsmodell der „gig economy“ in der Paketlogistik etabliert. Darunter versteht man einen Teil des informellen Arbeitsmarktes, bei dem zeitlich befristete Aufträge flexibel und kurzfristig an Arbeitssuchende, Freelancer oder geringfügig Beschäftigte vergeben werden. Eine Onlineplattform dient als

Mittler zwischen Auftraggeber und Auftragnehmer. Am Beispiel des Amazon-Verteilzentrums Erfurt-Stotternheim wird in der Broschüre gezeigt, wie dieses Geschäfts- und Arbeitsmodell funktioniert, mit welchen Verstößen gegen Arbeits- und Strafrecht es verbunden ist und welche Arbeitsbedingungen herrschen.

 Download Broschüre: <https://bit.ly/33iBJA5>

Polizei räumt Protestcamp in Libyen

In Libyen haben die Behörden einen Protest von Flüchtlingen aufgelöst und dabei über 600 Menschen festgenommen. Die hatten seit Monaten vor einem früheren Büro des UN-Flüchtlingskommissariats UNHCR in der Hauptstadt Tripolis campiert. „Wir sind alarmiert wegen der Festnahme von hunderten von Migranten, Flüchtlingen und Asylsuchenden, darunter Frauen und Kinder“, sagte Dax Roque vom Norwegischen Flüchtlingsrat der Agentur AFP. Die Sicherheitskräfte seien brutal vorgegangen, Zelte und Notunterkünfte der Flüchtlinge seien in Brand gesetzt worden. Thomas Garofalo vom International Rescue Committee sagte laut AFP, es habe Verletzte gegeben, „darunter eine Person mit Schussverletzungen“. Die Gruppe der Protestierenden hatte sich Ende 2020 unter sehr schwierigen Bedingungen organisiert und mit einer Reihe von Online-Aktionen auf sich aufmerksam gemacht. Sie twittern auf dem Account.

 <https://twitter.com/RefugeesInLibya>

CDA will „Merkel-Stiftung“ für Integration und Migration

Der EU-Abgeordnete und stellvertretende Vorsitzende der Christlich-Demokratischen Arbeitnehmerschaft (CDA), Dennis Radtke, hat in der Zeitung „Die Welt“ die Gründung einer „Bundeskanzlerin-Merkel-Stiftung für Migration und Integration“ vorgeschlagen. Radtke sagte: „Die Bewältigung der Flüchtlingskrise ist ein bleibender Verdienst von Angela Merkel.“ Es wäre eine „Würdigung ihres Wirkens“, wenn die CDU die Gründung einer Stiftung für Migrations- und Integrationsforschung initiieren würde. Es würden sicher viele Menschen „in Wirtschaft und Zivilgesellschaft“ mit Kapital helfen, so Radtke.


CDU Niedersachsen will wieder „Leitkultur“

Die CDU-Fraktion im Niedersächsischen Landtag hat einen neuen Entwurf für ein „Integrationsgesetz“ vorgelegt. Das der Neuen Osnabrücker Zeitung vorliegende Papier sieht vor, dass Migrant_innen einen Vertrag mit dem Land oder der Kommune schließen, der eine „Verpflichtung zur Achtung der hiesigen Grundsätze des Zusammenlebens (Leitkultur) und Abverlangen eigener Integrationsleistungen“ beinhalten soll, so die NOZ. Unter anderem soll es eine Verpflichtung zum Erlernen der deutschen Sprache binnen drei Jahren geben. Migrant_innen, die danach keine ausreichenden Sprachkenntnisse vorweisen können, sollen die Kosten für Sprachkurse zurückzahlen müssen. Eltern, die den Spracherwerb ihrer Kinder behindern, sollen mit Bußgeldern belegt werden können. Ein ähnlicher CDU-

Gesetzentwurf hatte zuletzt im Landtag 2016 keine Mehrheit gefunden. „Sollte es nicht möglich sein, das Gesetz vor der Wahl in den Landtag einzubringen, gilt: Das wird das Erste sein, was die CDU nach der Wahl machen wird“, sagte Fraktionsvize Uwe Schünemann. In Niedersachsen wird am 9. Oktober 2022 der Landtag gewählt. Derzeit regieren SPD und CDU.

Fast 2.200 tote Flüchtlinge in Europa im vergangenen Jahr

2021 sind im Mittelmeer mindestens 2.041 Menschen ertrunken, das war der höchste Wert seit 2018 und rund ein Drittel mehr als im Vorjahr (1.448). Das gab das Missing Migrants Project der Internationalen Organisation für Migration bekannt. Unter den Toten befanden sich 2021 insgesamt 75 Kinder. Hinzukommen 131 tote Migrant_innen, die 2021 an anderen Orten in Europa, etwa dem Ärmelkanal, zu Tode kamen. Derweil setzten die italienischen Behörden das Flüchtlingsrettungsschiff „Ocean Viking“ der Organisation SOS Méditerranée Mitte Januar erneut fest. Bei einer Inspektion am Montag im Hafen von Trapani auf Sizilien hatten die Kontrolleure eine fehlerhafte Registrierung von Containeraufbauten des Schiffes bemängelt. Der Einsatzleiter der Organisation, Frédéric Penard sagte, die Containeraufbauten seien „in einer professionellen Werft installiert und von allen zuständigen Aufsichtsbehörden genehmigt“ worden. Es sei bereits die sechste umfassende Kontrolle der „Ocean Viking“ seit dem Beginn ihrer Rettungseinsätze im zentralen Mittelmeer im August 2019. Sie führe zu weiteren Verzögerungen. Die „Ocean Viking“ war auf Sizilien bereits im Sommer 2020 unter Verweis auf neue Sicherheitsstandards monatelang festgesetzt worden. Im Dezember 2020 bekam das Schiff erneut grünes Licht zum Auslaufen. 2021 wurden von der „Ocean Viking“ in 33 Einsätzen 2.832 Menschen aus Seenot gerettet.

 <https://missingmigrants.iom.int>

Ampel will „Anker-Zentren“ abschaffen – Bayern will sie behalten

Eingeführt hatte die „Anker-Zentren“ genannten Abschiebelager Horst Seehofer 2018, Menschenrechtsorganisationen hatten sie heftig kritisiert, die Ampel will sie abschaffen. In ihrem Koalitionsvertrag steht: „Das Konzept der Anker-Zentren wird von der Bundesregierung nicht weiterverfolgt.“ Doch Bayern will dabei nicht mitmachen: „Die Unterbringung der Asylbewerber ist letztlich Aufgabe der Länder, weshalb wir auch an der Weiterführung festhalten wollen“, sagte Bayerns Innenminister Joachim Herrmann (CSU) der DPA. „Wie sich die neue Bundesregierung die Unterbringung in der Praxis künftig vorstellt, bleibt unklar“, sagte Herrmann. Fest stehe für ihn aber, dass das Anker-Konzept sich aus bayerischer Sicht „bewährt hat“. In den sieben bayerischen Zentren leben derzeit rund 9.000 Menschen. Ein Bündnis von NGOs hat kürzlich eine umfassende Kritik an den Zentren formuliert und deren Abschaffung gefordert:

 <https://bit.ly/3fy9CPS>



Die vergessene Migration

Foto: Holger Kolb: © Akademie für politische Bildung Tutzing



Kommentar von Holger Kolb, Sachverständigenrat für Integration und Migration (SVR)

Quizfrage: Aus welchem Jahr stammt diese Einschätzung der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD): „Nach den jüngsten Reformen des Zuwanderungsrechts ist die Bundesrepublik Deutschland mittlerweile eines der OECD-Länder mit den geringsten Beschränkungen für die beschäftigungsorientierte Zuwanderung hoch qualifizierter Fachkräfte?“

Was sich angesichts der Diskussionen über das im März 2020 in Kraft getretene Fachkräfteeinwanderungsgesetz wie ein aktuelles Statement anhört, ist schon viel älter. Zu der Einschätzung kam die OECD 2013. Das Thema Zuwanderung von ausländischen Arbeitskräften ist auf den ersten Blick ein alter Hut im Sortiment der politischen Diskussionen. Genug geredet? Zum Tempel der Gewissheit: nein.

Das politische und öffentliche Interesse galt bislang besonders Menschen mit formalen Bildungsabschlüssen, besonders mit akademischen Qualifikationen. Unsichtbar blieben all die Migrant_innen, die in Branchen und Arbeitsverhältnissen arbeiten, die nicht für die Hochglanzbroschüren taugen, mit denen Deutschland vor allem für hoch qualifizierte Arbeitskräfte aus dem Ausland wirbt, die aber hinsichtlich ihrer wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Bedeutung den Hochqualifizierten nicht nachstehen. Der Sachverständigenrat für Integration und Migration (SVR) benannte dies als die „akademische Arroganz“ der Erwerbsmigrationspolitik.

Die Corona-Pandemie offenbarte das Missverhältnis zwischen der geringen Wertschätzung von in

Deutschland prekär arbeitenden Migrant_innen und ihrer großen wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Bedeutung. Als zu Pandemiebeginn fast der komplette Flugverkehr nach und aus Deutschland eingestellt wurde, waren Erntehelfer_innen aus Bulgarien und Rumänien „the last frequent flyers“. Auf sie konnte auch in der Pandemie nicht verzichtet werden, weil sonst die Ernte in deutschen Landwirtschaftsbetrieben auf den Feldern verrottet und diese Betriebe wirtschaftlich zu Grunde gegangen wären.

Wie kommt es, dass ein Land wie Deutschland, das noch vor nicht allzu langer Zeit mit Verve darübertritt, ob es überhaupt ein Einwanderungsland ist, derart auf Einwanderung angewiesen ist, dass einige Bereiche der Volkswirtschaft ohne Einwanderung nicht mehr existieren könnten? Ein Ursprung ist sicher der demografische Wandel. Ein anderer: die mit den Agenda-Reformen Anfang dieses Jahrtausends durchgeführte Deregulierung des Arbeitsmarktes, die einen der größten Niedriglohsektoren Europas in Deutschland geschaffen hat. Diese Deregulierung war es, die viele Beschäftigungsmöglichkeiten ohne Formalqualifikationen geschaffen hat. Nicht nur für bereits in Deutschland lebende Menschen, sondern auch für Migrant_innen.

Die Regulierung hat ebenso dazu beigetragen, dass die Massenarbeitslosigkeit, die bis noch vor wenigen Jahren größte Herausforderung der Politik, weit gehend verschwunden ist. Für diesen Erfolg zahlten wir einen hohen Preis: verringerte soziale Schutzstandards und eine Vielzahl von Beschäftigungsverhältnissen, die aufgrund ihrer Entlohnung, ihrer arbeits- und sozialrechtlichen Schutzstandards oder aufgrund der tatsächlichen Arbeitsbedingungen zurecht als prekär gelten. Und gerade weil das Ange-

bot an inländischen Arbeitskräften sinkt, wachsen so die Möglichkeiten für Migrant_innen ohne formale Qualifikationen, auf dem deutschen Arbeitsmarkt Anschluss zu finden.

Für die in dem Sinn (bislang) „vergessenen“ Migrant_innen, waren diese Reformen also Fluch und Segen zugleich. Einerseits führten sie zu Beschäftigungsbedingungen, für die die Bezeichnung „Ausbeutung“ durchaus zutreffend ist; andererseits boten sie überhaupt erst die Voraussetzung, auf einem vormals stark abgeschotteten und formalisierten Arbeitsmarkt Fuß fassen zu können, wenn man in diesen nicht hineingeboren wurde. Prekarität ist also Voraussetzung für und Folge dieser Arbeitsverhältnisse zugleich. Und sie betrifft vorrangig: Migrant_innen.

Gerade die Corona-Pandemie hat die, die am unteren Ende des Arbeitsmarktes beschäftigt sind, stärker in den Blick der Öffentlichkeit gerückt. Vergessen sind sie also nicht mehr, die Frage nach ihren Arbeitsbedingungen und deren Konsequenzen für eine Teilnahme am gesellschaftlichen Leben in Deutschland werden bislang aber (noch) zu wenig diskutiert. Das sollten wir ändern.

 Hinweis: Der Text ist zuerst im „Aufruhr“-Magazin der Stiftung Mercator erschienen.

IMPRESSUM

Herausgeber: DGB Bildungswerk e.V.
Vorsitzende: Elke Hannack
Geschäftsführerin: Claudia Meyer

Verantwortlich für den Inhalt: Daniel Weber
Koordination: Michaela Dälken
Redaktion: Christian Jakob, Berlin
Layout/Satz: ideaal, Essen
Erscheinungsweise: Monatlich

DGB Bildungswerk e.V.
Bereich Migration & Gleichberechtigung
Franz-Rennefeld-Weg 5
40472 Düsseldorf
Telefon 02 11/43 01-1 99
Telefax 02 11/43 01-1 34
migration@dgb-bildungswerk.de
www.migration-online.de

